

Interessenskonflikte aufgedeckt: Kritiker der EU Chemikalienregulierung haben Verbindungen zur Industrie

Achtzehn Wissenschaftler haben öffentlich Pläne der EU Kommission kritisiert, hormonell wirksame Chemikalien in Europa durch Vorschriften zu regulieren. Jetzt steht fest: Siebzehn von ihnen hatten oder haben nachweislich Beziehungen zu Industrieunternehmen, die von diesen Vorschriften betroffen wären. Ein Blick auf eine beispiellose Debatte, die mittels Fachzeitschriften ausgefochten wird.

Eine Untersuchung der Zeitschrift *Environmental Health News* deckte auf, dass 17 von 18 Herausgebern von Toxikologie-Fachjournals, die gemeinsam ein umstrittenes Editorial verfasst haben, mit der Chemie- und Pharmaindustrie, mit Biotechnologie-Unternehmen oder Herstellern von Kosmetika, Tabak und Pestiziden zusammengearbeitet haben. Einige haben Fördermittel von Industrieverbänden erhalten, andere haben als Industrie-Consultants oder Berater gearbeitet. Es steht viel auf dem Spiel in dieser Auseinandersetzung, da es um die Strategie der EU geht, den Umgang mit hormonell wirksamen Chemikalien zu regeln – übrigens der erste diesbezügliche Regulierungsversuch weltweit. Die neuen Vorschriften würden weltweite Auswirkungen haben, da alle Unternehmen, die Produkte in Europa verkaufen, diese Auflagen erfüllen müssten.

Das Editorial, das zwischen Juli und September in 14 verschiedenen wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht wurde, hat bei zahlreichen Wissenschaftlern und bei den Regulierungsbehörden einen Sturm der Empörung ausgelöst. Es kritisierte einen vorab bekannt gewordenen Entwurf des EU Direktorats Umwelt, der eine auf dem Vorsorgeprinzip basierende Vorgehensweise nahelegt. Eine Reihe von häufig verwendeten Chemikalien würden dann möglicherweise verboten werden.

Die Unterzeichner, etliche davon Professoren für Toxikologie an europäischen Universitäten, schrieben, dass die Pläne der Europäischen Kommission „wissenschaftlich nicht zu begründen“ seien sowie „Menschenverstand, unangefochtene Forschungsergebnisse und die Prinzipien der Risikoabschätzung außen vor ließen“. Die vorgeschlagenen Vorschriften hätten „besorgniserregende Konsequenzen“ für „die Wissenschaft, die Wirtschaft und das Wohlergehen der Menschen auf der ganzen Welt“. Außerdem „fehle ihnen die notwendige wissenschaftliche Fundierung, die für eine derart bedeutende Gesetzgebung unerlässlich sei“.

Auf Anfragen von *Environmental Health News* beteuerten alle Verfasser dieses Editorials, dass sie in keinsten Weise von seiten der Industrie beeinflusst worden seien.

Daniel Dietrich, Toxikologe und Wortführer der Gruppe, war früher Berater eines Industriekonsortiums, das von Chemie-, Pestizid- und Ölfirmen bezahlt wird und bei der Europäischen Kommission Lobbyarbeit zu Endokrinen Disruptoren (ED; Fachbegriff für hormonell wirksame Stoffe) macht. Er sagt: „Wir glauben nicht, dass diese Diskussion über Interessenskonflikte für irgendjemanden von Vorteil ist, denn sie lenkt nur vom eigentlichen Thema ab.“

Was ist hier „besorgniserregend“?

Andere Wissenschaftler stellen die hehren Motive der Autoren in Frage und vermuten geheime Beziehungen zur Industrie. Dass mittels eines Editorials Kritik an einem Politikvorschlag geübt wird, empfinden sie als „ungewöhnliche Initiative“ für Herausgeber wissenschaftlicher Journale.

„Ich war sehr verwundert über dieses Editorial. Für mich ist es eine emotionale Vermischung von Wissenschaft und Politik mit zu vielen Fehlern“, sagt Ake Bergmann, ein Umweltchemiker von der Stockholmer Universität. Als er von den Interessenskonflikten der Autoren hörte, bezeichnet er dies als „besorgniserregend“.

Am 27. August veröffentlichte Bergmann zusammen mit 40 Wissenschaftler in der Zeitschrift *Environmental Health* eine Erwiderung auf das Editorial. Die Unterzeichner, übrigens alle ohne erkennbare Interessenskonflikte, schrieben, sie seien „besorgt, dass das Dietrich-Editorial scheinbar geplant worden sei, um Einfluss auf anstehende Entscheidungen der Europäischen Kommission auszuüben“. Das Editorial „ignoriert wissenschaftliche Befunde und anerkannte Prinzipien der Risikoabschätzung für Chemikalien“, schrieb diese Gruppe.

Eine weitere Erwiderung erschien Mitte September, unterzeichnet von 104 Wissenschaftlern, darunter ebenfalls etliche Herausgeber von wissenschaftlichen Zeitschriften. „Der offene Brief von Dietrich und Mitunterzeichnern tut der Europäischen Kommission und der Wissenschaft - einschließlich der Toxikologie - keinen Gefallen“, schreiben diese Autoren in der Zeitschrift *Endocrinology*. Einige der Autoren der ersten Erwiderung, so auch Bergmann, gelten weithin als namhafte Experten in der Forschung zu Endokrinen Disruptoren; 14 von ihnen verfassten im Auftrag der Weltgesundheitsbehörde und des UN Umweltprogramms UNEP einen kürzlich erschienenen Report, in dem sie Endokrine Disruptoren als „globale Bedrohung“ bezeichnen, „die es abzuwehren gilt“.

Endokrine Disruptoren sind Chemikalien, die in das Hormonsystem eingreifen können, da sie wie Hormone wirken, etwa wie Östrogene, Testosteron oder Schilddrüsenhormone. Sie kommen in Alltagsprodukten wie Nahrungsmitteln, Kosmetika, Pestiziden und Plastik vor. Dazu gehören etwa Bisphenol A (BPA), ein Bestandteil von Hartplastik, von Innenbeschichtungen für Konservendosen und von Kassenbons, Phthalate, die in Düften und Vinyl stecken, sowie einige Pestizide und Flammschutzmittel.

Die Effekte dieser Substanzen auf die menschliche Gesundheit sind wissenschaftlich noch nicht definitiv nachgewiesen, es gibt aber zahlreiche Tierversuche und auch einige humanmedizinische Studien, die eine Verbindung zu Fortpflanzungsproblemen, Krebs und anderen Erkrankungen nahelegen.

Die Strategie der Europäischen Kommission

Die EU Kommission plant, diese Chemikalien im Zuge der Aktualisierung von drei existierenden Verordnungen zu regulieren. Zwei kontroverse Punkte sind entscheidend für das Gelingen dieser Bemühungen.

Zum einen versucht die Kommission festzulegen, ob diese Chemikalien unterhalb bestimmter Schwellenwerte (Grenzwerte) sicher sind. Falls kein solcher Grenzwert zu bestimmen ist, muss die Industrie nachweisen, dass die sozioökonomischen Vorteile gegenüber den

Gesundheitsrisiken schwerer wiegen oder dass es schlichtweg an Alternativen mangelt. Andernfalls würden die Stoffe im Rahmen der Chemikalienverordnung REACH verboten werden. REACH wurde 2006 verabschiedet und erstreckt sich auf die Kontrolle von Industriechemikalien.

Zum anderen gelten für Pestizide und Biozide neue Regelungen, die bereits implizieren, dass Endokrine Disruptoren vom Markt genommen werden müssen. Hier muss die Kommission allerdings noch genaue Identifikationskriterien für ED formulieren.

Die Vorschläge der Kommission wurden bereits für dieses Jahr erwartet. Mittlerweile erwägt die Kommission zunächst ein „Impact Assessment“, mit dem die Auswirkungen ihrer Vorschläge abgeschätzt werden sollen. Diese Prozedur würde die Entscheidung höchstwahrscheinlich um mindestens ein Jahr hinauszögern.

Die Chemieindustrie wie auch die Pestizid-, Plastik- und Kosmetikproduzenten lobbyieren bei der Kommission gegen jegliche Regulierung. Sie behaupten, dass Grenzwerte auch für Endokrine Disruptoren gelten könnten und arbeiten der Anwendung des Vorsorgeprinzips entgegen, indem sie die Identifikationskriterien vorgeben.

Die Herausgebergruppe um Dietrich wirft der Kommission vor, Vorschriften zu erstellen „ohne anerkannte Lehrmeinungen der Pharmakologie und Toxikologie zur Kenntnis zu nehmen“. Sie sagen, dass es möglich sei, einen Grenzwert für Endokrine Disruptoren festzulegen, und dass Toxikologen zwischen echten Nebenwirkungen und Effekten, die das Hormonsystem ausgleichen könne, zu unterscheiden hätten.

Dem widersprechen andere Wissenschaftler: Eingriffe ins Hormonsystem können in bestimmten Entwicklungsphasen irreversible Schäden auslösen, schreiben Bergmann und seine Kollegen in ihrer Erwiderung in *Environmental Health*. Die „Existenz eines Schwellenwerts für Endokrine Disruptoren“, so die Forscher, „kann experimentell nicht dargestellt werden.“ Einige Wissenschaftler berufen sich auf Tierversuche, die Hinweise liefern, dass Niedrigdosen von BPA und anderen hormonell wirksamen Stoffen Föten in ihrer Entwicklung schädigen, während hohe Dosen keinen oder andere Effekte haben.

„Der besorgniserregendste Aspekt des Editorials von Dietrich et al. ist das Verwischen der Grenze zwischen dem, was Wissenschaft ausmacht, und dem, was in die Sphäre politischer, gesellschaftlicher und demokratischer Rechte gehört“, so die 41 Wissenschaftler.

Zusätzlich zu dem umstrittenen Editorial unterschrieben 71 Wissenschaftler - darunter einige der Erstunterzeichner – einen Brief, mit dem der wissenschaftliche Chefberater des EU Präsidenten gedrängt wird, sich in die Debatte einzumischen. Mindestens 40 dieser 71 Forscher haben Bande zur Industrie. Die European Crop Protection Association, die Lobbyorganisation der Pestizidhersteller, hat sich kürzlich hinter dieses Schreiben gestellt.

Der Wissenschaftler Philippe Grandjean, Herausgeber des Journals *Environmental Health*, drängte Dietrich und dessen Kollegen den „Lapsus“ zu korrigieren, ihre Verbindungen zur Industrie nicht offen zu legen.

„Es ist wichtig, dass Akademiker ihr Wissen mit Interessensvertretern teilen. Aber wenn dahinter finanzielle Interessen stehen, muss auch dies kundgetan werden“, sagte der Professor und Lehrstuhlinhaber für Umweltmedizin an der Universität von Süddänemark und Gastprofessor für Umwelt & Gesundheit an Harvard School of Public Health.

Dietrich meint hingegen, dass nichts verheimlicht wurde, da es sich ja um ein Editorial gehandelt habe, und „nicht um Forschungsdaten, die sich auf irgendeine bestimmte Chemikalie beziehen würden.“ Und dass die Industrie den Brief an den wissenschaftlichen Chefberater unterstützt hat, bezeichnete er als irrelevant.

„Es gibt Dinge, die man nicht beeinflussen kann. Wenn jemand kommt – sei es die Chemieindustrie oder die Europäische Kommission oder wer auch immer – und sagt „Das ist eine gute Idee“, dann heißt das nicht automatisch, dass ich mit demjenigen eng verbunden bin“, sagt Dietrich, Herausgeber der Zeitschrift *Chemico-Biological Interactions* und Leiter der Forschungsgruppe für Umwelttoxikologie an der Universität Konstanz. Früher war Dietrich Berater des Europäischen Zentrums für Ökotoxikologie und Toxikologie von Chemikalien (ECETOC), das von Chemikalien- und Pestizidherstellern sowie von der Mineralölindustrie finanziert wird. Er war auch an Forschungs Kooperationen mit Dow Europe und einigen Pharmafirmen beteiligt.

Gefragt, ob seine Verbindung zur Industrie seine Meinung über die anvisierten Vorschriften beeinflussen würden, sagt Bas Blaauboer, Herausgeber der Zeitschrift *Toxicology in vitro*, „Dies ist eine sehr dumme Frage“ und führt weiter aus: „Wenn man an einer Universität forscht, arbeitet man mit Leuten aus der ganzen Welt zusammen, einige von denen sind auch in der Industrie tätig, aber wir haben die Freiheit zu sagen, was immer wir wollen. Sollten Sie irgendeinen Kommentar, den ich jemals geäußert habe, in diesem Sinne für verdächtig halten, Ausdruck eines Interessenkonflikts zu sein, dann lassen Sie es mich wissen, aber Sie werden nichts dergleichen finden.“

Blaauboer, Professor für Toxikologie an der niederländischen Universität Utrecht, erhielt in den Jahren 2008 bis 2010 Forschungsfördermittel in Höhe von EUR 399.676 vom *European Chemical Industry Council* (CEFIC). Er ist Mitglied eines Technischen Komitees für Risikoabschätzung beim *International Life Sciences Institute* (ILSI), das von der Industrie finanziert wird.

Drittmittelforschung ist der Normalfall

Drittmittel von unterschiedlichen Sponsoren einzuwerben – unter anderem aus der Wirtschaft – ist die „ganz normale Art und Weise“, wie heutzutage Forschung finanziert wird, sagt Wolfgang Dekant, Herausgeber des Fachjournals *Toxicology Letters* und Professor für Toxikologie an der Universität Würzburg. „Man kann heute keine Forschung mehr betreiben, ohne Fördergelder aus allen möglichen Quellen zu beziehen.“

Dekant erhielt 2008 für eine Studie über BPA Fördermittel aus der Chemieindustrie, mit der er in den vergangenen fünf Jahren über 18 Beraterverträge eng verbunden war. Er weist jegliche Einflußnahme der Industrie weit von sich.

Jan Hengstler, Herausgeber der *Archives of Toxicology*, publizierte 2011 gemeinsam mit einem Kollegen aus dem Bayer-Konzern und einem Amerikaner, der vom *American Chemistry Council* mit einem BPA- Report beauftragt war, einen Forschungsreport über BPA. Dieser endet mit der Schlussfolgerung, dass „die Exposition zu BPA kein erwähnenswertes Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung darstellt, einschließlich Neugeborener und Kleinkinder.“

Hengstler sagte in einem Interview, dass er derzeit keine Verbindungen zur Industrie habe. „Ich bin nur an wissenschaftlichen Fragen interessiert“, erläutert der Direktor des Leibniz-Instituts für Arbeitsforschung an der Technischen Universität Dortmund.

Nigel Gooderham, Herausgeber der Zeitschrift *Toxicology Research*, hat frühere wie auch laufende Arbeitsbeziehungen zur Lebensmittel-, Pestizid- und Pharmaindustrie. „Wenn ich dieses Dokument unterzeichne, habe ich keinerlei Vorteile bei irgendeinem Unternehmen. Meine Beteiligung beruht einzig und allein auf meinem wissenschaftlichen Denken und meiner Analyse“, sagt Gooderham, der Professor für molekulare Toxikologie am Imperial College in London ist.

Sonja von Aulock, Chefredakteurin der Zeitschrift „ALTEX“ (Alternativen zu Tierexperimenten) hat keine bekanntgewordenen Verbindungen zur Industrie. Sie betont, dass Kooperation mit der Industrie keineswegs bedeute, dass die Wissenschaftler dadurch die finanziellen Interessen der Industrie zu berücksichtigen hätten oder dass sie deshalb Aussagen unterlassen würden, die sie im Interesse der Gesundheitsförderung machen müssten.

Olavi Pelkonen, Kerstin Stemmer, Hans Marquard und Albert Li gaben frühere oder aktuelle Zusammenarbeit zu, stritten aber jegliche Interessenskonflikte ab. Abby Collier, Gio Batta Gori, Alan Harvey, A. Wallace Hayes, James Kehrer, Florian Lang, Frans Nijkamp und Kai Savolainen antworteten nicht auf Nachfragen.

Offizielle Vertreter der EU Kommission betonten, dass die Arbeit an den Regelungen für endokrine Disruptoren an den besten zur Verfügung stehenden Forschungsergebnissen ausgerichtet werde. „Wir alle wollen, dass unsere Entscheidungen auf wissenschaftlichen Befunden basieren“, sagte Joseph Hennon, Sprecher der EU-Kommission für Umwelt. „Und wir zählen auf die wissenschaftliche Gemeinschaft, dass sie ihre Rolle spielen und die Entscheidungsträger mit Zahlen und Fakten zum Geschehen versorgen möge.“

„Die Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik sollte auf Vertrauen gebaut sein“, fügte er hinzu. „Und wir vertrauen darauf, dass die Wissenschaftler unabhängig handeln, zu unser aller Nutzen“.

German translation provided by the Health and Environment Alliance (HEAL), October 2013

Original articles in English by Stéphane Horel and Brian Bienkowski attributed to Environmental Health News (EHN), 23 September 2013

Special report: Scientists critical of EU chemical policy have industry ties

<http://www.environmentalhealthnews.org/ehs/news/2013/eu-conflict-list>

Science and conflicts of interest: Ties to industry revealed

<http://www.environmentalhealthnews.org/ehs/news/2013/eu-conflict>

Environmental Health News is a foundation-funded news service. At www.ehn.org, EHN publishes its own enterprise journalism and provides daily access to worldwide environmental news.